

Grünfläche



Zeitschrift der GRÜNEN in Hessen

1/10

SCHWARZ-GELBE LOBBYREPUBLIK



EIN JAHR SCHWARZ-GELB IN HESSEN

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
HESSEN



Liebe Freundinnen und Freunde,

2010 ist ein Jahr ohne Wahl in Hessen – falls die Cassandra von Wiesbaden, FDP-Chef Jörg-Uwe Hahn, nicht doch Recht behält, der bereits das Ende von schwarz-gelb im Bund vorhersieht. Und in der Tat: Seit Guido Westerwelle im Auswärtigen Amt sitzt weiß die Republik, was sie selbst an dem farblosen Frank-Walter Steinmeier hatte – für den musste man sich wenigstens nicht fremdschämen.

Der Zoff der Berliner Ménage à trois aus Mutti Angela, Papi Horst und Mustersöhnchen Guido verdeckt

dabei fast die miserable Bilanz eines Jahres schwarz-gelb in Wiesbaden. Damit diese Melange aus Affären (Steuerfahnder, Wolski), Skandalen (Kulturpreisverleihung, Brender) und Wortbrüchen (Nachtflugverbot) nicht in Vergessenheit gerät, haben wir ein Jahr schwarz-gelb in Hessen zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe gemacht. Prof. Eike Hennig und Pitt von Bebenburg bilanzieren dieses erste Jahr von Koch/Hahn aus der Sicht des wissenschaftlichen und des journalistischen Beobachters, bevor unser Vorsitzender Tarek Al-Wazir das Urteil des Oppositionsführers über die schwarz-gelbe Misere fällt.

Ihr findet in dieser Ausgabe überdies u.a. eine Übersicht über die

Zuständigkeiten des neuen Landesvorstands und einen Artikel über die Neuaufstellung unserer kommunalpolitischen Vereinigung, der GAK. Besonders wollen wir Euch auf den 19. Juni 2010 hinweisen: An diesem Tag findet in den Rüsselsheimer Opelvillen sowohl der zweite GRÜNE TAG als auch, ab spätnachmittags, das Sommerfest „30 Jahre Grüne Hessen“ statt. Selbstverständlich erhaltet Ihr dazu nochmals eine gesonderte Einladung. Alle weiteren Landesverbandstermine 2010 sind auf Seite 7 zusammengefasst. Wie immer wünschen wir Euch viel Spaß bei der Lektüre der Grünfläche! •

Euer Kai

Inhalt

Schwerpunkt 1-3

Wie lange bleibt es „brutalstmöglich“ in Hessen? • Eike Hennig
Brachialer Stil • Pitt von Bebenburg
Schwarz-Gelb ist Auslaufmodell statt Zukunftsprojekt • Tarek Al-Wazir

Kreisverbände im Portrait 4

Waldeck-Frankenberg: Region mit Schwung, mit Kraft, mit Innovation

Ein Kessel Buntes 5

Meldungen aus den Kreisverbänden

Landesvorstand 6-7

Der neue Landesvorstand stellt sich vor – Zuständigkeiten für Kreisverbände und Landesarbeitsgemeinschaften

Kommunal GRÜN 8

Karin Schnick, Dezernentin in Hattersheim

Meine Meinung 9

Web 2.0 in der Kommune • Daniel Mack

Elektroverkehr: Zweite Chance für das Fahrrad • Felix Weidner

GRÜNE Jugend Hessen 10

Die Kommune bist DU • Angela Dorn
GRÜN wirkt. Auch in hessischen Unis • Philipp Hinrichsmeyer

Jenseits des Tellerrands 11

GAK – Neustart der kommunalpolitischen Vereinigung

Service - Termine 12-13

Impressum

Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen · Kaiser-Friedrich-Ring 77 · 65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11 . 98 92 0 . 0 · Telefax: 06 11 . 98 92 0 . 33 · gruenflaeche@gruene-hessen.de · www.gruene-hessen.de

Redaktion: Katja Meier, Sandra Knorr, Christian Flöter

V.i.S.d.P.: Kai Klose (Politischer Geschäftsführer)

Layout: Verena Ehlert · Katja Meier

Ein schwarzes Jahr: Wie lange bleibt es „brutalstmöglich“ und unaufgeklärt in Hessen?

In die letzte Landtagswahl am 18. Januar 2009 ging Koch nicht als Sympathie-, sondern als Kompetenzträger, als tatkräftiger Siegertyp mit Sachverstand. Mit Schule und Bildung, sozialer Gerechtigkeit, Familie punktet die Union nicht mehr, wohl aber bei der Kompetenz für Arbeitsplätze, Wirtschaft, Finanzen und Zukunft. Das gab 2009 in Hessen den Ausschlag.

Ein unpolitischer Pragmatismus (notgedrungen vertraut man mehr den eigenen Fähigkeiten als den Versprechungen) und eine Fragmentierung der Gesellschaft (der Glaube an Chancengleichheit und Durchlässigkeit schwindet) charakterisieren den bundesdeutschen Meinungshaushalt, es dominiert ein skeptisch eingefärbtes Mittelmaß. Merkel (mit ihrem Partner) hat diesen Ton bei der Bundestagswahl getroffen (der Junior wird dann hektisch und verliert). In Merkels Berliner Union findet Koch keinen Platz, er wird nicht gerufen. „Links“, in „der Mitte“ sowieso, ist der Glaube an eine staatssozialistische oder staatsökologische Überinstanz geschmolzen. Politik möge unscheinbar und kompetent ihre Sache tun, nämlich kollektiv verbindliche Regelungen treffen. Auf dem Kompetenzklavier spielt Roland Koch und missachtet „weiche“ Faktoren wie Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Respekt, Koch stößt viele (bewusst) vor den Kopf. Er kokettiert mit dem Bild des letzten Fachmanns, der den schlimmen Wahrheiten der Welt nicht ausweicht. Dem Heute be-

gegnet Koch mit Maximen von gestern. Dem sind weniger andere Probleme, sondern mehr die Kompetenzen des Aushandelns und der Vertrauenswerbung gegenüberzustellen.

Eine Bilanz des ersten Jahres der Regierung Koch/Hahn hat hier anzusetzen. Dass eine Opposition die Regierung kritisiert, ist billig und gehört zu jenen Rollenspielen, die niemanden (außerhalb der Schauspieler) mehr ins Theater locken. Was wird wie kritisiert, um eigene Perspektiven zu zeigen und eigene Kompetenzen aufzubauen? Auf diese Wende kommt es an. Es geht, da folge ich den Grünen, um ein „Zukunftsprojekt“ und um dessen Aushandeln, sonst bleibt Koch Hessen noch lange erhalten. Was sind die Aufgaben (auch die soziale Ökologie eines grünen „New Deal“: Klar, aber wie, mit welcher Kompetenz und welchem Aushandeln?), wo geht's hin, was kann ein (glücklicherweise) schwaches politisches System im Konzert mit Verbänden und Bewegungen „der Gesellschaft“ machen, anbieten, zur Sprache bringen?

Für Koch und Hahn gibt es Plus und Minus (die Frankfurter Rundschau listet dies im Rhein-Main-Teil am 5. Februar auf), aber sachliche Minuspunkte (wie die Verschuldung, die kommunale Finanzmisere, die Hochschulpolitik, das Weiter-So des Konjunkturpakets, das Schweigen zum Ungleichgewicht von Norden und Süden und zum akuten Strukturwandel von Produktion zu Dienstleistungen und Dienstleistungsindustrien) stehen

weniger im Vordergrund. Vielmehr ist die Stilistik anzukreiden, Ton und Musik sind untrennbar. Geht es um einen „hostility“-Wettbewerb im Streit, also um den ersten

Eike Hennig, 66, ist emeritierter Professor für Politische Theorie der Universität Kassel.



Preis für Zynismus, Verdachtszuschreibungen, Einigeln, feindselige Skepsis, dürfte Roland Koch weit vorn mitspielen. Über Geschmacksfragen hinaus repräsentiert er einen unangemessenen Stil, nach „rechts“ kokettierend, wenig verhandlungsoffen. Beispiele: Das Wirken im ZDF-Fernsehrat, das Schweigen zu Vorwürfen gegen K. Wolski und den entpflichteten Frankfurter Steuerfahndern, die Vorrunde vor der Verleihung des hessischen Kulturpreises, das Schweigen zur parlamentarischen Kritik an Irmer, die Position zum Nachtflugverbot in der so heiklen Flughafendebatte.

Die Bilanz des Jahres führt zur Kritik eines Politikprofils, Verhandlungs- und Wissenskompetenzen rücken nach vorn. Der Regierung Koch/Hahn ist die pragmatische Kompetenz abzuspochen, was nachzuweisen wäre. •

Brachialer Stil

Nach einem Jahr schwarz-gelber Landesregierung fällt die Bilanz für Roland Kochs Mannschaft sehr durchwachsen aus. In Erinnerung bleibt vor allem die brachiale Form der Machtausübung, mit der der Ministerpräsident bei der vorübergehenden Ausladung des Kulturpreis-Trägers Navid Kermani oder bei seinem Kampf gegen eine Wiederberufung von ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender auftrat.

Die Reaktionen der Regierung auf die Affäre um vier geschasste Steuerfahnder sind das beste Beispiel für die Abgehobenheit der Regierenden. Eine Entschuldigung der Regierung bei den Betroffenen steht aus. Stattdessen werden Medien wie die Frankfurter Rundschau angegriffen, die auf eine gründliche Aufklärung dringen.

Zudem gab es in der Politik deutliche Rückschritte – etwa durch den Wortbruch von CDU und FDP, die sich nun nicht mehr an ihr Versprechen halten wollen, den Anwohnern am Frankfurter Flughafen ein Nachtflugverbot zu sichern. Mit dem Versprechen „Unser Wort gilt!“ ist es schon ein Jahr nach der Landtagswahl vorbei.

Inhaltlich ging allerdings auch einiges voran, vor allem durch das bundesweit einmalige hessische Konjunkturprogramm und die finanzielle Kraftanstrengung der CDU/FDP-Regierung für die Bildung. Wenn man nach Verbesserungen für die Menschen in Hessen sucht, dann sticht dieses Engagement für Schulen und Hochschulen heraus. Das Konjunkturprogramm des Landes hat dazu beigetragen, Gebäude zu sanieren. Lehrer werden in großer

Zahl eingestellt, auch der Posten für Lernmittel wurde erheblich angehoben. Die Unis werden dank der Millionen des Heureka-Programms ausgebaut.

Das Konjunkturpaket von 1,7 Milliarden Euro half zugleich Unternehmen, die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern. Es hat einen Gutteil dazu beigetragen, hessische Unternehmen im Rennen zu halten und Arbeitsplätze zu sichern.

Dem stehen immer neue Rekordschulden des Landes gegenüber, die nicht einmal mit dem Konjunkturprogramm zu tun haben – denn dessen Finanzierung ist über 30 Jahre gestreckt, taucht also nur zu einem kleinen Teil im aktuellen Haushalt auf. Allein von 2010 bis 2013 sollen Schwindel erregende zehn Milliarden Euro Schulden hinzukommen. Ein Konzept, wie diese Schulden eingedämmt werden sollen und wie gar das Schuldenverbot ab 2020 eingehalten werden kann, fehlt bisher. Dies ist ein sehr auffälliges Manko der Regierung eines Ministerpräsidenten, der seine Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen sieht.

Das auffälligste Engagement der Landesregierung und insbesondere ihres Ministerpräsidenten galt in diesem Jahr der Rettung des Autobauers Opel, wofür er den ganzen Landtag und die Kanzlerin hinter sich brachte. Der Mann, der so häufig polarisiert, zeigte hier auch, dass er in der Lage ist, einen breiten Konsens zu suchen. Er scheiterte bitter, weil General Motors einen anderen Weg wählte. Wie zur Entschädigung darf mit CDU-Politiker Volker Hoff nun ein enger Koch-

Weggefährte in die Unternehmensführung einziehen. Am Ende eines richtigen Kurses steht doch wieder Klüngelpolitik.

Der Einzug der FDP in die Landes-

Pitt von Bebenburg, 48, ist hessischer Landeskorrespondent der Frankfurter Rundschau.



regierung hat vor allem in den Fragen einer auf Gleichberechtigung zielenden Minderheitenpolitik Fortschritte gebracht – dort, wo die CDU-Alleinregierung jahrelang blockiert hat. So haben die Freidemokraten gegen große Teile des Koalitionspartners durchsetzen können, dass die Partner von homosexuellen Beamten genau so gut versorgt werden wie die Ehepartner von heterosexuellen Staatsdienern. Kindern ohne gültige Papiere wurde der Schulbesuch ermöglicht – und endlich die schreckliche Pflicht für Lehrer beendet, solche Jungen und Mädchen bei Behörden anzuschwärzen. Noch größeren praktischen Effekt könnte das Bemühen der FDP-Minister Jörg-Uwe Hahn und Dorothea Henzler haben, islamischen Religionsunterricht an den hessischen Schulen einzurichten. Hier entwickelt sich etwas Positives. Überschattet jedoch wird das Regierungshandeln von Kochs Selbstverständnis, das er in einem Interview mit dem Satz ausdrückte: „Politiker sind nicht eine Gefahr für die Demokratie, sondern ihre Grundlage.“ Genau diese Einstellung durchzieht leider auch das abgelaufene Regierungsjahr. •

Schwarz-Gelb ist Auslaufmodell statt Zukunftsprojekt

Nicht zukunftsorientiert, ideologisch verbohrt und durch Affären belastet – das ist die Bilanz der CDU/FDP-Landesregierung ein Jahr nach der Landtagswahl. Wir wollten unsere Bewertung der neuen Landesregierung davon abhängig machen, ob es einen dringend benötigten Neuanfang gibt in den Bereichen Bildung, Wirtschaftspolitik, Klimaschutz und Energie sowie Teilhabe und Gerechtigkeit. Leider lässt sich an diesen Punkten eindringlich belegen: Diese Regierung macht keine zukunftsfähige Politik.

Ein Totalausfall ist Umweltministerin Lautenschläger (CDU). Das großspurig angekündigte „**Energiekonzept**“ ist nicht mehr als eine Datensammlung, die keinerlei wirksame Maßnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien enthält. DIE GRÜNEN hingegen haben bereits 2007 ein Konzept vorgelegt, das Energieeffizienz und -einsparung sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien konkretisiert. Die dringend erforderliche Energiewende findet in Hessen also weiterhin nicht statt. Stattdessen soll der Ausbau des Kohlekraftwerks Staudinger beschleunigt werden und die Pannen-Atomkraftwerke in Biblis sollen noch zehn Jahre laufen.

Nach ihrem Eintritt in die Regierung hat die FDP keinen einzigen Versuch unternommen, ihre oppositionellen Bekenntnisse zur **Haushaltskonsolidierung** umzusetzen. Für 2010 wird es zu einer neuen Rekordverschuldung von 3,4 Milliarden Euro kommen. Wenn im Jahr 2020 die Schuldenbremse greifen

soll, steuert das Land auf einen Schuldenberg von über 50 Milliarden Euro zu. Durch das so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, dem die Landesregierung im Bundesrat zustimmte, wird es in dieser Legislaturperiode zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe beim Land kommen. Den **Kommunen in Hessen** bringt das Gesetz rund 150 Millionen Euro Mindereinnahmen – pro Jahr. Durch die sinkenden Einnahmen werden die Kommunen in absehbarer Zeit gezwungen sein, die Gebühren zu erhöhen und Leistungen einzuschränken. Wenn dieser Weg weitergegangen wird, steuern wir auf den Staatsbankrott zu. Es wird Zeit, dass wir über die Frage debattieren, wie wir die zur Erfüllung der Staatsaufgaben nötigen Einnahmen erzielen, statt wie Union und FDP über weitere Steuersenkungen zu fantasieren. Als erste haben DIE GRÜNEN deshalb Vorschläge zur Umsetzung der Schuldenbremse gemacht – für einen handlungsfähigen Staat ohne neue Schulden.

Beim **Länderfinanzausgleich** beklagt Finanzminister Weimar wie immer in den letzten zehn Jahren die hohen Belastungen Hessens, ohne jemals einen eigenen Veränderungsvorschlag zu machen. Gleichzeitig ist er durch die Steuerfahnder-Affäre und die Vorgänge um den Wolski-Prozess schwer angeschlagen. Da Weimar sich der von uns geforderten Untersuchungskommission verweigerte, hat der Landtag zur Aufklärung der Steuerfahnder-Affäre nun einen Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Mit vielen eigenen Ideen und Verbesserungsvorschlägen für **Schulen** war Kultusministerin Henzler (FDP) gestartet. Sie reichten vom Ausbau der Ganztagschulen bis hin zur Umsetzung der selbstständigen Schule. Aber auf die zentralen bildungspolitischen Fragen hat Henzler bislang keine Antworten gegeben. Abgetaucht ist auch ihre Kollegin aus dem Wissenschaftressort, Eva Kühne-Hörmann. Als die Studierenden sich zu Tausenden für eine Verbesserung der **Bo-lognareform** an den Universitäten einsetzten, tat sie so, als habe sie damit nichts zu tun.



Tarek Al-Wazir, 39, ist hessischer Landes- und Fraktionsvorsitzender.

In den letzten Tagen des Jahres 2009 bewies die Landesregierung dann, dass ihr gebrochene Versprechen keine schlaflosen Nächte bereiten: Das jahrelang und dutzendfach gegebene Versprechen, ein **Nachtflugverbot** am Frankfurter Flughafen einzuführen, wurde mit dem Beschluss, gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel Revision einzulegen, schlicht gebrochen.

Wir werden weiterhin alles dafür tun, alternative Konzepte zu dieser verkorksten Politik zu entwickeln und in die Diskussion zu bringen. Hessen hat eine bessere Politik verdient! •

Waldeck-Frankenberg: Region mit Schwung, mit Kraft, mit Innovation

Liebe Anke, um ein Gefühl für Deine Heimat zu bekommen, zunächst ein paar Fakten: Wie sind denn die Strukturen und politischen Mehrheiten in Waldeck-Frankenberg?

Unser Landkreis besteht aus den beiden ehemaligen Landkreisen Waldeck und Frankenberg und ist mit einer Fläche von 1.848m² der größte hessische Landkreis. Die Einwohnerzahl lag in 2009 bei 163.982.

Die Kreisstadt ist Korbach, dort tagt

Anke Pavlicek

ist Vorsitzende des
Kreisverbands Waldeck-
Frankenberg.



auch der Kreistag. Bei den letzten Kommunalwahlen konnten wir Grüne sechs Prozent der Stimmen gewinnen und sind mit vier Sitzen im Kreistag vertreten. Stärkste Partei ist die SPD mit 27 Sitzen, die Mehrheit hat allerdings die Koalition aus CDU, FDP und Freien Wählern mit insgesamt 38 Sitzen.

Letztes Jahr wurde in Waldeck-Frankenberg ein neuer Landrat gewählt. Überraschend hat sich hier der von SPD und GRÜNEN unterstützte Kandidat Dr. Reinhard Kubat durchgesetzt. Mit dem neuen Landrat hoffen wir, unsere Themen im Landkreis stärker durchsetzen zu können, auch wenn uns noch die politische Mehrheit fehlt. Vielleicht ändert sich das ja bei den nächsten Kommunalwahlen.

Und wie ist Euer Kreisverband aufgestellt?

Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir im Kreisverband kein Nachwuchsproblem haben. Ich teile mir

den Vorsitz mit Jens Deutschendorf. Wir sind beide 32 Jahre alt. Insgesamt sind unter den elf Vorstandsmitgliedern fünf Frauen und sechs Personen unter 35. Wir haben damit eine gute Verteilung zwischen den Generationen und den Geschlechtern.

Gerade in einem nordhessischen Flächenkreis wie Waldeck-Frankenberg ist die Mitgliederdichte nicht sehr hoch. Wie erreicht Ihr neue Mitglieder und wie bindet Ihr sie dauerhaft an die Partei?

In der Vergangenheit ist es uns immer wieder gelungen, neue Mitglieder über die Grüne Jugend zu gewinnen. Wir versuchen gerade jungen Mitgliedern eine Chance zu geben, sich aktiv an der Arbeit im Kreisverband zu beteiligen.

Auch über renommierte Veranstaltungen wie z.B. unsere Neujahrsempfänge bekommen wir zunehmend Interesse an Mitgliedschaften. Allgemein versuchen wir alle Mitglieder in die Arbeitsprozesse einzubeziehen. So haben wir im letzten Jahr und in diesem Jahr eine Wahlkampfkommission gegründet, die für alle Mitglieder zugänglich ist. Diese trifft sich regelmäßig um Ideen auszutauschen und Aktionen zu planen. Dieses Angebot wird von unseren Mitgliedern sehr gut angenommen.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen sind wir gerade dabei, thematische Arbeitsgruppen zu bilden, in denen unsere Mitglieder unser Wahlprogramm für die Kommunalwahlen erarbeiten. Außerdem organisieren wir regelmäßig niederschwellige Angebote wie zum Beispiel Radtouren und Wanderungen oder verbinden Plakate kleben mit Grillen und einer

kleinen Feier. So lockern wir die parteipolitische Arbeit auf und sorgen auch für Spaß und Unterhaltung.

Ein Jahr mit vielen Wahlen liegt zurück, doch die nächste steht schon vor der Tür. Mit welchen Themenschwerpunkten geht ihr in die Kommunalwahl?

Zwei Themenschwerpunkte für die Kommunalwahlen werden die Stärkung des ländlichen Raumes und die kommunalen Finanzen sein. Der Kreis hat im gerade vorgestellten Haushalt ein Defizit von fast 20 Millionen Euro.

Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen den Kreisverbänden im Norden?

Ja, den gibt es. Gerade bei der Bundestagswahl sind durch die Einteilung der Wahlkreise enge Kontakte zwischen den nordhessischen Landkreisen entstanden. Die vier nordhessischen DirektkandidatInnen haben zusammen eine Woche lange eine Wahlkampftour durch die Landkreise gemacht. Das war ein guter Anfang. Mit dem KV Kassel-Land werden wir in Zukunft kreisübergreifend an einer gentechnikfreien Region arbeiten. Initiativen dafür gibt es in beiden Kreisen und diese beziehen wir in unsere politische Arbeit mit ein. Somit können wir auf einer breiten Ebene mehr erreichen, als wenn jeder für sich alleine kämpfen müsste. Außerdem finden regelmäßig Nordhessen-Treffen in Kassel statt, welche die nordhessischen Grünen stärker miteinander vernetzen.

Wir wollen die Zusammenarbeit auf jeden Fall fortsetzen und ausbauen. •

*Das Interview führte
Katja Meier*

Faire Milch in Hessen

Mit der Idee der Milchbauern aus Hessen, Bayern und Baden-Württemberg, ihre eigene Marke zu produzieren und ihrem Einstieg zur Markteinführung der „fairen Milch“ beginnt eine Initiative, die mit fairen Milchpreisen die Existenz der Bauern sichern kann und eine wichtige Etappe im Kampf



um gerechte Milchpreise darstellt.

Die „faire Milch“ wird in dem hessischen Lebensmittelmarkt Tegut und in den REWE-Märkten angebo-

ten und unterstützt somit die hiesigen Milchbauern. Somit hat jede Verbraucherin und jeder Verbraucher die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie mit dem Kauf direkt den Bauern in ihrer Nähe zur Seite stehen.

Die traditionell wirtschaftenden Milchbauern verzichten auf gentechnisch verändertes Futtermittel, halten ihre Tiere artgerecht und schützen die Umwelt durch Naturschutzmaßnahmen. Die Milchbauern garantieren eine naturgerechte Umgebung und die „faire Milch“ ist auch für die Verbraucher fair und gesund.

Die Markteinführung der „fairen Milch“ ist gerade in Zeiten von Dumping-Preisen bei Milch und Milchprodukten ein Weg in die richtige Richtung. Sie hat einen kostendeckenden Milchpreis und kann so die Arbeitsplätze und das Überleben der Höfe sichern. Die Bäuerinnen und Bauern nehmen nun die Verantwortung und ihre Existenz in die eigene Hand und leiten so neue Perspektiven und Wege ein. •

Gruppe für alle GRÜNEN Kommunalos

Im Wurzelwerk gibt es seit diesem Jahr die Gruppe "Antragsvorlagen zur Kommunalpolitik". Nach dem Motto „Man muss das Rad nicht immer wieder neu erfinden“, können hier Antragsvorlagen im Forum eingestellt werden, um anderen die Möglichkeit zu bieten, diese in ihren jeweiligen Gemeinden zu verwenden. Oder es wird einfach gestöbert, ob ein Antrag aus einer anderen Gemeinde auch in der eigenen Stadt Sinn machen würde. Bisher gibt es Anträge in den Kategorien Soziales, Klimaschutz und Wirtschaften. •

Google street view in Hessen: Grüne wehren sich

Tokio, New York, Köln und München lassen sich per Mausklick schon durchfahren. Wer mag, klinkt sich an einem Ort ein, schwenkt den Blick nach rechts übers Wasser, nach links in die Einfahrt eines Wohnblocks oder blickt hoch hinauf fast bis zum Dach des Wolkenkratzers. All das macht „street view“ möglich, ein weiteres Internetangebot des Datenriesen Google.

Dessen filmende Autos rollen derzeit auch durch Groß-Umstadt, um Straßenzeilen im Rundumblick aufzunehmen und weltweit für jeden jederzeit



abrufbar zu machen.

Die Umstädter Grünen haben einen Vorstoß gewagt und fordern eine Straßen-Sondernutzungsgebühr von Google, frei nach dem Motto „If you can't kill it, bill it!“. Google soll eine Gebühr von zwanzig Euro je Kilometer zahlen, sofern kein gemeinnütziger oder wirtschaftlicher Zweck verfolgt wird.

Die Stadt Ratingen (90.000 Einwohner) in Nordrhein-Westfalen ist schon einen Schritt weiter und hat – wohl als erste in Deutschland – diese Gebühr von 20 Euro pro Kilometer für „street view“ beschlossen. Insgesamt müsste Google fürs Abfotografieren der Straßenzüge in Ratingen etwa 6.000 Euro bezahlen. •

Der neue Landesvorstand stellt sich vor - Zuständigkeiten für Kreisverbände und Landesarbeitsgemeinschaften

Der am 14. November 2009 in Marburg neu gewählte Landesvorstand besteht aus einigen „neuen Gesichtern“. Als stimmberechtigtes Mitglied des Landesvorstands hat Manuel Stock aus Frankfurt nicht erneut kandidiert. Er hat den Stafelstab dem ebenfalls dem Kreisverband Frankfurt angehörenden Thomas Losse-Müller übergeben. Thomas ist zwar erst seit knapp zwei Jahren in Frankfurt, hat aber bereits u.a. mit der Gründung des OV Washington, dem ersten Orts-

verband in Übersee, reichlich GRÜNE Erfahrung gesammelt.

Bei den nicht stimmberechtigten Landesvorstandsmitgliedern blieb kein Stein auf dem anderen. Sowohl die Vertreterin der Grünen Jugend, Angela Dorn, als auch die Vertreterin der Grünen Alten, Ingrid Borretty und die Stimme der Kommunalhauptamtlichen, Evelin Schönhut-Keil, haben nicht wieder für den Vorstand kandidiert. An ihre Stelle treten: Philipp Hinrichsmeyer (Grüne Jugend), Herbert Olbrich

(Grünen Alte) und Horst Burghardt (Kommunalhauptamtliche).

Alle Landesvorstandsmitglieder sind über die E-Mailadresse vorname.nachname@gruene-hessen.de erreichbar.

In der konstituierenden Sitzung des Vorstands wurden die Zuständigkeiten für die Kreisverbände und Landesarbeitsgemeinschaften neu verteilt. Wir danken allen Ausgeschiedenen für ihre Arbeit! •

Kordula Schulz-Asche

Als Landesvorsitzende und gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion ist Kordula für die LAGen **Behindertenpolitik, Soziales und Gesundheit** sowie **Frieden, Europa und Internationale Politik** zuständig.

Sie betreut die Kreisverbände **Darmstadt-Dieburg** sowie ihren Heimat-Kreisverband **Main-Taunus**.

Außerdem wird sie sich verstärkt um das **Projektthema Globalisierung** und den **Zukunftsrat** kümmern. •

Tarek Al-Wazir

Unser Landesvorsitzender ist in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender auch Mitglied des HR-Rundfunkrates. Nicht nur deshalb ist er für die Landesarbeitsgemeinschaft **Medien** zuständig.

Der gebürtige Offenbacher betreut seinen Heimat-Kreisverband **Offenbach-Stadt**. •

Jochen Ruoff

Jochen betreut die Landesarbeitsgemeinschaften **Demokratie und Recht** sowie **Migration und Flucht**.

Er ist für die Kreisverbände **Groß-Gerau, Hersfeld-Rotenburg, Main-Kinzig, Odenwald** sowie seinen Heimat-Kreisverband **Bergstraße** verantwortlich.

Außerdem kümmert er sich verstärkt um die **Mitgliederwerbung** und das **Fundraising** des Landesverbands. •

Kai Klose

Unser Politischer Landesgeschäftsführer und planungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion ist für die Landesarbeitsgemeinschaft **Wohnen** sowie für die Landesarbeitsgemeinschaft **Schwule und Lesben** zuständig. Er ist für seinen Heimat-Kreisverband **Rheingau-Taunus** zuständig. •

Gerda Weigel-Greilich

Die Bürgermeisterin der Stadt Gießen ist als ehemalige Frauenbeauftragte der Justus-Liebig-Universität für die Landesarbeitsgemeinschaft **Wissenschaft und Hochschule** zuständig.

Als gebürtige Mittelhessin kümmert sich Gerda um die Kreisverbände **Gießen, Lahn-Dill** und **Vogelsberg**. •

Thomas Losse-Müller

Als neues Vorstandsmitglied betreut Thomas die Landesarbeitsgemeinschaften **ChristInnen, Mobilität** sowie **Wirtschaft und Finanzen**.

Er ist für seinen Heimatkreisverband **Frankfurt** sowie die angrenzenden Kreisverbände **Hochtaunus, Wetterau** und **Offenbach-Land** zuständig. •

Hildegard Förster-Heldmann

Als Beisitzerin und kulturpolitische Sprecherin der Darmstädter Stadtfraktion ist Hilde für die Landesarbeitsgemeinschaft **Kultur** zuständig.

Sie betreut die Kreisverbände **Darmstadt** und **Wiesbaden**. •

Nicole Maisch

Als frauenpolitische Sprecherin ist Nicole für den **Landesfrauenrat** zuständig. Im Bundestag hat sie das Ressort Verbraucherschutz inne und betreut in Hessen deshalb auch die Landesarbeitsgemeinschaften **Landwirtschaft und Regionalentwicklung** sowie **Umwelt und Energie**.

Als Nordhessin ist sie für die Kreisverbände **Kassel-Land, Waldeck-Frankenberg, Marburg-Biedenkopf** und **Fulda** Ansprechpartnerin. •

Herbert Olbrich

Als kooptiertes Mitglied der Grünen Alten ist Herbert für selbige zuständig. Darüber hinaus ist er Ansprechpartner für **Gewerkschaftsgrün**.

Er kümmert sich um den Kreisverband **Limburg-Weilburg**. •

Philipp Hinrichsmeyer

Philipp ist Vorsitzender der Grünen Jugend Hessen und studentischer Senator der Uni Kassel, zuständig für die Landesarbeitsgemeinschaft **Bildung**.

Als Nordhesse kümmert er sich um die Kreisverbände **Kassel-Stadt, Schwalm-Eder** und **Werra-Meißner**. •

Horst Burghardt

Als kooptiertes Mitglied der grünen Kommunalhauptamtlichen in Hessen ist Horst unsere Schnittstelle zu den Dezentralen und Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und dem ersten grünen Oberbürgermeister Hessens. •

GRÜNE Termine in 2010**Parteirat**

29. Mai in Kassel

28. August in Frankfurt

11. Dezember in Frankfurt

Grüner Tag und Sommerfest

„30 Jahre GRÜNE HESSEN“

19. Juni in Rüsselsheim

Landesmitgliederversammlung

30. Oktober 2010

Frauenrat

20. März in Frankfurt

26. Juni in Frankfurt

25. September in Frankfurt

06. November in Frankfurt

Bundesfrauenkonferenz

17.-18. April in Bonn

Bundesdelegiertenkonferenz

19.-21. November in Freiburg

Anzeige

WEB 2.0 in der Kommune

Der Begriff Web 2.0 steht für das Mitmach-Internet, ein Internet bei dem man nicht nur Konsument ist, sondern auch Produzent von Inhalten, wo in Echtzeit kommuniziert und sich in sozialen Netzwerken vernetzt oder gemeinsam Wissen zusammengetragen wird. Das Web 2.0 hat in den Alltag vieler Menschen Einzug gehalten, es ist ein Massenphänomen, das alle Bereiche des Lebens durchdringt.

Die virtuelle Zusammenarbeit innerhalb einer Behörde, die Kooperation zwischen verschiedenen Behörden und auch darüber hinaus eine stattfindende Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Bürgern wird bereits getestet. So nutzt zum Beispiel die gesamte öffentliche Verwaltung Kanadas Wikis, um Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sammeln und verfügbar zu machen. In Brandenburg können Bürger auf einer Web-Plattform Probleme der kommunalen Infrastruktur melden und den Stand der Bearbeitung erfahren (www.maerker-brandenburg.de).

Nachrichtenübermittlung spielt sich im Web 2.0 nicht mehr zwischen Sender und einem einzelnen Empfänger

ab, sondern zwischen dem Sender und dem Rest der Welt. Ein Beispiel dafür ist die Echtzeit-Kommunikation per Kurznachrichten über den Online-Dienst Twitter. Die Nutzer können Nachrichten einzelner Sender abonnieren und werden so zum Follower. Eine Nachricht von Gouverneur Schwarzenegger erreicht mehr als 1,6 Mio. follower sofort, direkt und ungefiltert.

Wenn Verwaltungen ihr Bild in der Öffentlichkeit weiterhin mitgestalten wollen, ist ein Umdenken notwendig. Wenn sich öffentliche Meinung über soziale Netzwerke bildet, besteht auch für Verwaltungen die Notwendigkeit, sich zu vernetzen. Wenn die Vermittlung über Pressemeldungen nicht mehr funktioniert, weil sie zu langsam ist oder weil Zeitungen nicht mehr gelesen werden, dann muss schneller und authentischer kommuniziert werden.

Twitter & Co. sind kein zusätzliches Instrument der klassischen Öffentlichkeitsarbeit, sondern ein Zeichen für eine neue, vernetzte Gesellschaft. •

Daniel Mack ist Kreistagsabgeordneter im Main-Kinzig-Kreis.

Elektroverkehr: Zweite Chance für das Fahrrad

500 Millionen Euro gibt der Bund im Rahmen des Konjunkturpakets II für Forschung und Modellversuche rund um das Thema Elektromobilität aus. Hessen ist mit der Modellregion Rhein-Main dabei, zu der auch Kassel als Exklave gehört.

Das Wort Elektromobilität ist jedoch eine vollkommen falsche Beschreibung für das, was gerade in diesem Bereich passiert. Genauer handelt es sich um Elektroverkehr, denn außer dass in Fahrzeuge aller Art plötzlich Batterien und Elektromotoren eingebaut werden, ändert sich eigentlich nichts. Elektroautos verlagern ausschließlich den Emissionsort von Schadstoffen. In Bezug auf Lärm, Flächenverbrauch, Unfälle, Trennwirkungen und weitere Probleme sind sie schlicht keine Lösung. Von ethischen Problemen, denen beim Biokraftstoff nicht unähnlich, mal ganz abgesehen.

Wir dürfen die Kolleginnen der anderen Parteien gestrost diesem Hype hinterherrennen lassen. Er wird sich von selbst erledigen. Denn die wirkliche Neuentdeckung des Elektroverkehrs haben die bereits verschlafen: Das Zauberwort heißt ‚Pedelec‘. Diese Elektrorä-



der haben einen Akku und einen kleinen Elektromotor, der aber nur dann aktiviert wird, wenn man auch selbst tritt. Pedelecs erweitern die Zielgruppe des Fahrrads um ein Vielfaches und machen es als Verkehrsmittel für den Alltag interessant. Weitere Strecken, Steigungen oder auch Gewicht sind kein Problem mehr.

Das hat das Potenzial, mindestens unseren Verkehr – eventuell auch unsere Mobilität – gehörig auf den Kopf zu stellen. In den Niederlanden haben Pedelecs schon heute einen Marktanteil von 20 Prozent, was wir in rund drei Jahren wohl auch erreichen werden. Das ist nicht weniger als die Chance für die Renaissance des Fahrrads als Massenverkehrsmittel.

Die LAG Mobilität plant die Bereitstellung von Aktions- und Projektideen für die Verwendung von Pedelecs im kommunalen Kontext und im Wahlkampf.

Langfassung des Artikels downloadbar auf der LAG-Seite des Landesverbands. •

Felix Weidner ist Sprecher der LAG Mobilität.

Verantwortung im GRÜNEN Bereich

Karin Schnick, Dezernentin in Hattersheim

Mit welchen Erwartungen hast Du das Amt angetreten?

Ich war seit 1985 ehrenamtliches Magistratsmitglied und seit 1997 ehrenamtliche Dezernentin für die Bereiche Energie und Umwelt. Viele Ideen können aber nur funktionieren, wenn möglichst viele MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung diese unterstützen und mit umsetzen.

Haben sich Deine Erwartungen erfüllt?

Zum Teil. Bei leeren Kassen ist Kreativität gefordert. Einige Ideen sind auch am Koalitionspartner SPD gescheitert.

Welche Schwerpunkte hattest Du Dir gesetzt?

Geprägt vom Reaktorunfall in Tschernobyl wollte ich die Energie- wende vor Ort einläuten: Energieeffizienz, regenerative Energien voranbringen, ökologische Standards festschreiben, Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen animieren.

Welche sind umgesetzt?

Blockheizkraftwerke für Nahwärme- und Stromversorgung in Neubaugebieten, thermische Solaranlagen auf Sporthallendächern (gemeinsam mit Vereinsmitgliedern), städtische Gebäude werden mit Ökostrom versorgt, eine Bürgersolaranlage auf dem Dach der Feuerwehr, ökologische und soziale Standards bei der Aufstellung von Bebauungsplänen, Verkehrsentwicklungsplan und Radverkehrskonzept wurden erstellt.

Was steht noch aus?

Die Sanierung des Gebäudebestandes wurde mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm begonnen – hier ist aber kostenbedingt noch viel zu tun.

Wirst Du wieder kandidieren?

Meine Wiederwahl steht im Dezember an. Zurzeit gehe ich davon aus, dass ich wieder kandidieren werde.

Wie sieht der Austausch mit anderen Grünen DezernentInnen aus?

Auf Landesebene treffe ich mich regelmäßig mit den UmweltdezernentInnen und zweimal jähr-

Karin Schnick, 49 Jahre

Familienstand: verheiratet, zwei Kinder und zwei Enkel

Aufgabenbereiche als Dezernentin: Bauen, Planen und Umwelt

Amtsperiode: zweite Amtszeit seit 1995



lich findet ein Treffen der grünen Hauptamtlichen (GrünKomm) mit Bundesvorstand und Bundestagsfraktion statt. Da ich in einer kleinen Stadt mit 26.000 Einwohnern nicht für alle anstehenden Aufgaben spezialisierte Fachleute habe, sind die Unterstützung und der Austausch für mich sehr wichtig. •

Meldungen

Gießen

In der Wissenschaftsstadt Gießen wird 2014 die Landesgartenschau stattfinden. Die Umsetzung erfolgt mit einem starken Gießen-Bezug, zeigt sich **Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich** erfreut, denn das Konzept sieht die Erneuerung des Stadtparks durch sogenannte „Science-Gärten“ zu einem neuartigen „Wissenschafts-Volkspark“ vor. Das Thema der spielerischen, interaktiven Wissensvermittlung in den „Science-Gärten“ soll sich wie ein roter Faden durch den erneuerten Park ziehen.

Dem Natur- und Landschaftsschutz wird genauso Rechnung getragen, wie den Fußgängern und Radfahrerinnen und -fahrern. So soll der Natur- und Erholungsraum an der Lahn durch die behutsame Entwicklung zu einer durchgängigen Auenlandschaft eine Stärkung erfahren und eine Fuß- und Radwegunterquerung den Uferweg vervollständigen. •

Offenbach

Offenbach ist eine von sechs Modellregionen für gute Integrationspraxis. Die Stadt wurde aus einem Kreis von 17 Bewerbern für das Projekt ausgewählt. Das Land Hessen stellt für die Umsetzung von Projekten insgesamt 1,37 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. **Birgit Simon**, die **grüne Bürgermeisterin**, sieht die Integrationspolitik als eine „Querschnittsaufgabe“: „Sie darf sich nicht in einer Vielzahl von Einzelprojekten erschöpfen, sondern muss eng mit der Regelpraxis in allen Politikbereichen verknüpft werden. Arbeitsmarkt, Erziehung, Bildung, aber auch Stadtentwicklung und Wohnen sind Bereiche, die zu einer guten Integration von Migrantinnen und Migranten in die deutsche Gesellschaft beitragen können. Eine enge Verzahnung mit übergreifenden Entwicklungsprojekten der Stadt soll die Modellregion in die Innovationsstrategien der Kommune einbinden und den Fokus auf Integration schärfen. •

Die Kommune bist DU!

Du merkst, Du bist in der Kommunalpolitik angekommen, wenn Du mit Freunden durch die Stadt läufst und begeistert von den Plänen zur Stadtentwicklung erzählst. Sei aber nicht irritiert, wenn wieder mal alle über das geringe Kulturangebot maulen und Du kopfschüttelnd spannende Initiativen dagegen hältst. Fühle Dich auch nicht wie Else Kling von der Lindenstrasse, wenn Du im Bus Schülerinnen und Schülern belauschst, die sich über die miese Anbindung beschwerten oder die Schulverpflegung als Fraß beschimpfen. Gespräche mit verschiedensten Initiativen zeigen Dir, wie viele sich engagieren und wie schwierig es ist, allen gerecht zu werden. Und rahme Dir den ersten Protestbrief an Dich ein, den Du früher selbst geschrieben hättest. Dein Ehrenamt ist nicht leicht und

Dir wird manchmal viel zu wenig gedankt. Ich verspreche Dir aber, es ist rundum erfüllend. Innerhalb weniger Wochen fragst Du Dich, wie es so schnell ging, sich in die neue Materie einzuarbeiten. Anträge, Anfragen, Haushaltsberatungen, Ausschusssitzungen und die erste Rede. Alles Schlag auf Schlag, aber es geht.

In der Kommunalpolitik siehst Du direkt die Ergebnisse. Besonders schön ist die Regierungsbeteiligung. Was entsteht, wurde von Dir mit entschieden oder sogar angestoßen. Und wenn Du immer mehr Taktik und Personalstruktur der Parteien durchblickst, dann macht es richtig Spaß oder ist auch richtig frustrierend – willkommen in der Politik.

Kommunalparlamente sind oft konstruktiver als andere Ebenen

und arbeiten durchaus auch fraktionsübergreifend. Ein Highlight der Kommunalpolitik ist, wenn plötzlich alle gemeinsam etwas in der Stadt bewegen wollen und die

Angela Dorn

ist Landesvorsitzende der Grünen Jugend Hessen und Mitglied des Landtags.



typischen Rollen der Anderen genauso wie Deine Stereotypen über das andere Lager fallen. KommunalpolitikerIn zu werden braucht viel weniger Mut und Vorerfahrung als Du denkst, es braucht nur ausdauerndes Engagement. Spaß und Erfahrung kommen von allein! •

GRÜN wirkt.

Auch an den hessischen Universitäten

Viele Mitglieder der hessischen Grünen sind mit dem Gedanken „Endlich mal kein Wahlkampf“ ins Jahr 2010 gestartet. Nicht so die Mitglieder der unabhängigen GRÜNEN Hochschulgruppen. Mit viel Engagement und kreativen Ideen starteten sie Anfang des Jahres in die Hochschulwahlen. Das Engagement hat sich ausge-

Philipp Hinrichsmeyer

ist Landesvorsitzender der Grünen Jugend Hessen und studentischer Senator an der Universität Kassel.



zählt. In Frankfurt wurde die Grüne Hochschulgruppe als stärkste Fraktion der studentischen Selbstverwaltung bestätigt. Sensationelle Stimmenzuwächse verzeichneten

UniGrün in Gießen und die Grüne Hochschulgruppe Kassel (GHK). Sie wurden als zweitstärkste Fraktionen bestätigt und verbesserten ihr Ergebnis deutlich. So ist beispielsweise der Abstand zwischen Grünen und Jusos bei den Senatswahlen in Kassel um mehr als 1.500 Stimmen auf zehn Stimmen verkürzt worden.

Und warum? Die Grünen Hochschulgruppen haben in den vergangenen Jahren an fast allen Hochschulen Verantwortung übernommen, gute Konzepte für ihre Hochschulen vorgestellt und in unterschiedlichen Konstellationen umgesetzt. Bei Themen wie der Novellierung des hessischen Hochschulgesetzes (HHG) aber auch bei den Bildungstreiks des letzten Jahres waren es gerade die „grünen“ Studis, die sich mit viel

Fachkompetenz und Engagement eingebracht haben. Das wurde bei diesen Wahlen honoriert.

An vielen Hochschulen stehen jetzt wichtige Prozesse bevor, die starke GRÜNE unverzichtbar machen. Nach der Novelle des HHG müssen sich die Vertretungsorgane der Studierenden neu organisieren. Auch das Thema „Energie“ steht im nächsten Jahr auf dem Programm vieler Hochschulgruppen. Die Stromverträge der meisten Unis werden neu ausgeschrieben. Bisher beziehen sie Strom von den vier Großkonzernen.

Die Grüne Jugend Hessen wünscht allen Hochschulgruppen viel Erfolg bei ihrer Arbeit und – trotz dieser Wissenschaftsministerin – viel Spaß! •

Der neue Vorstand der GAK

Dagmar Deutschendorf



ist 60 Jahre alt, Großmutter und seit 2006 im Kreistag Waldeck-Frankenberg. Ihr kommunalpolitisches Ziel ist es, Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit unter einen Hut zu bringen!

Christian Flöter



sammelte Erfahrung als Stadtrat in Groß-Umstadt, ist Sprecher des KVDarmstadt-Dieburg und Finanzreferent im Landesverband. Er wird als Kommunalpolitischer Referent die Geschäftsführung des Vereins übernehmen.

Norbert Halas



ist seit 2006 Stadtverordneter in Oberursel. Beim Landesverband ist er zuständig für Mitgliederverwaltung, Gremienbetreuung und Mitgliederwerbung. Er möchte die GRÜNEN und GRÜN-nahen Fraktionen stärken und vernetzen. Er will mithelfen, dass 2011 in möglichst vielen Kommunen grüne Listen antreten können.

Ellen Enslin



Als langjährige Fraktionssprecherin kennt sie die Belange der Kommunen und ist als kommunalpolitische Sprecherin Bindeglied zwischen der Landtagsfraktion und den Grünen Kommunalos.

Matthias Zach



arbeitete in der Kreisverwaltung und in der grünen Landtagsfraktion, bevor er 2006 zum Bürgermeister von Niederdorfelden im Landkreis Main-Kinzig gewählt wurde.

Hadmut Lindenblatt



lebt in Steinbach im Hochtaunuskreis. Sie war zuletzt in leitender Position bei einer Leasinggesellschaft tätig. Kommunalpolitisch ist sie als Kreisbeigeordnete und Stadtverordnete aktiv und für die Grünen Kreisschatzmeisterin.

Jochen Ruoff



ist 51 Jahre alt und wohnt in Lindenfels, Kreis Bergstraße. Er ist Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Kreistag und Landesschatzmeister der GRÜNEN Hessen.

Roland Kern



war Landtagsvizepräsident und Mitglied des Staatsgerichtshofs. Seit 2005 ist er Bürgermeister von Rödermark im Landkreis Offenbach.

Ingrid Reichbauer



ist betriebliche Frauenbeauftragte der Stadt Offenbach, Fraktionsvorsitzende im Rheingau-Taunuskreis sowie Stadtverordnete in Oestrich-Winkel. Ihre Interessenschwerpunkte sind Haushalt, Finanzen und Soziales.

Neustart ins Kommunalwahljahr

Mit der Einrichtung eines kommunalpolitischen Referats in der Landesgeschäftsstelle hat der Landesvorstand eine wichtige Weichenstellung mit Blick auf die Kommunalwahl 2011 vorgenommen.

Die GRÜNEN und Alternativen in den Kommunalvertretungen Hessen e.V., GAK, sind die kommunalpolitische Vereinigung der hessischen Grünen. Gegründet 1986 als Solidargemeinschaft für die noch jungen alternativen und grünen Fraktionen, bietet die GAK heute ein Forum für über 130 kommunale Fraktionen mit über 600 Personen, die sich in den hessischen Kommunalparlamenten um die Umsetzung alternativer Politikformen und -inhalte kümmern. Zu den klassischen Aufgaben gehört die Organisation von Bildungsangeboten für die kommunalen grünen Mandatsträgerinnen, die Beratung der Mitgliedsfraktionen und die Organisation der Kommunikation untereinander.

In nächster Zeit sind folgende Aktionen geplant:

- Der „Grüne Tag“ am 19. Juni 2010 in Rüsselsheim steht dieses Jahr ganz unter dem Zeichen der Kommunalwahl. Die GAK wird sich aktiv mit eigenen Workshops beteiligen.
 - Die Vernetzung der grünen Kommunalos untereinander muss ausgebaut werden. Dabei spielt das Internet eine immer größere Rolle.
 - Die Kreis- und Ortsverbände sollen Angebote zur Unterstützung bei der Listenaufstellung und Kampagnenplanung für die Kommunalwahl 2011 erhalten.
 - Nicht zuletzt wollen wir die Basis der GAK verbreitern. Neue Fraktionen sollen als Mitglieder gewonnen werden.
- www.gak-hessen.de

Greencampus

weiterbildung | politik | management

Freitag, 12. bis Samstag 13. März
Ort: Mainz

Überzeugen in der Kommunalpolitik

In diesem Seminar dreht sich alles um das politische Tagesgeschäft kommunal-politisch Engagierter: das Überzeugen im (Streit-)Gespräch. Stets zugeschnitten auf das, was zur individuellen Persönlichkeit passt, werden wir neben äußerlichen Faktoren der rhetorischen Wirksamkeit inhaltliche und strategische Faktoren einer überzeugenden Argumentation erarbeiten.

Praktisch werden diese Faktoren in verschiedenen Übungen und insbesondere im Rahmen von zwei unterschiedlichen Diskussionssituationen aufgebaut und erprobt, dem "Heißen Stuhl" und der Podiumsdiskussion."

Kosten: 60 Euro

Informationen:

mainz@boell-rlp.de

Freitag, 19. bis Samstag 20. März
Ort: Köln

Überzeugend argumentieren

Überzeugen durch Schlagfertigkeit und gute Argumente! Die Teilnehmenden lernen hilfreiche Rhetorik-Modelle kennen und können Beispiele ihrer praktischen Arbeit ausprobieren. In Einzel- und Gruppenübungen auch mit Videoeinsatz werden Argumentationsstrategien entwickelt und umgesetzt.

Das versetzt die Teilnehmenden in die Lage, sich auf Gegenargumente vorzubereiten und gelassen mit unfairen rhetorischen Strategien umzugehen.

Kosten: 110 Euro inkl. Ü/VP

Informationen:

hermann.strahl@boell-nrw.de

Samstag, 20. März
Ort: Nürnberg

Die Kommunen als Auftraggeber Gesetzliche Grundlagen – ökologische und soziale Handlungsmöglichkeiten

Die Kommunen verfügen durch die von ihnen vergebenen Aufträge über eine beträchtliche „Nachfrage-Macht“. Gleichzeitig ist die Auftragsvergabe durch die Kommunen durch Gesetze und Verordnungen strikt geregelt.

Unsere Fachtagung gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der rechtlichen Grundlagen – in Deutschland und der Europäischen Union. Und sie zeigt (nicht zuletzt anhand konkreter Beispiele!), wie sich die Zielsetzung einer nachhaltigen, sozialen und umweltverträglichen Beschaffung umsetzen lässt.

Trainerin: Heide Rühle

Kosten: 40,-/erm. 30,- Euro

Informationen:

info@petra-kelly-stiftung.de

Freitag 10. bis Samstag, 11. April
Ort: Hannover

Erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | Projekte erfolgreich planen und durchführen

Eine erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit entscheidet heute mehr denn je über die Akzeptanz einer ganzen Organisation oder eines einzelnen Projekts. Zum einen befasst sich dieses Seminar sich mit den Rahmen-

bedingungen journalistischer Arbeit und den wichtigsten Instrumenten der PR.

Zum anderen geht es in dieser Fortbildung um das erfolgreiche Planen und Durchführen von Aktionen, Kampagnen oder dem nächsten Wahlkampf mithilfe von Projektmanagement. Sie lernen die Instrumente des Projektmanagements kennen und trainieren anhand eigener Beispiele.

Kosten: 65,- Euro / 45,- Euro ermäßigt

Informationen:

info@slu-boell.de

Samstag 8. bis Sonntag 9. Mai
Ort: Hannover

Zeitmanagement

Sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, ist ein Schlüssel auf dem Weg zum persönlichen Erfolg. Deshalb sind Methoden des Zeitmanagements eine wichtige Voraussetzung für effektives Arbeiten. In diesem Seminar wird gemeinsam mit den Teilnehmenden die alltägliche berufliche Praxis auf den Einsatz des kostbaren Faktors „Zeit“ überprüft.

In Einzel- und Gruppenarbeit werden Anregungen für eine realistische Zeitplanung gegeben, damit Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden können. Die Teilnehmenden lernen, wie sie sich auf das Wesentliche konzentrieren, ihre Ziele erkennen und Prioritäten setzen können. Dazu werden Planungshilfen erarbeitet, die dauerhaft unterstützend zur Verfügung stehen.

Kosten: 65,- Euro/ 45,- Euro ermäßigt

Informationen:

info@slu-boell.de

hbs

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V.**Donnerstag 15. März, 19 Uhr****Wie weiter nach Kopenhagen?****Politische Strategien in Zeiten des Klimawandels**

Wo stehen wir nach diesem Scheitern in der (inter-)nationalen Klimaschutzpolitik? Welche Chancen gibt es noch, zu international verbindlichen Klimaschutzregelungen zu kommen? Welche Schlussfolgerungen werden in Politik und Wissenschaft gezogen? Was bedeutet das Scheitern für uns Bürgerinnen und Bürger dieses Landes? Wäre es eine sinnvolle Alternative, sich statt auf Klimaschutzabkommen stärker auf Klimaanpassungsmaßnahmen zu konzentrieren?

Dr. Simone Peter, Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr des Saarlandes, Saarbrücken

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, Bonn

Ort: Café im Kunstverein, Steinernes Haus am Römerberg, Markt 44, Frankfurt

Donnerstag 15. April, 19 Uhr**Metamorphose der Bundeswehr – Von der Verteidigungs- zur globalen Interventionsarmee?**

Wie kann eine moderne, praktikable und sinnvolle Antwort auf die Gefährdungen unserer Sicherheit aussehen und welche Rolle kommt dabei der Bundeswehr zu? Wie lassen sich die Spannungsverhältnisse auflösen, die im Verhältnis von nationalstaatlich und bündnispolitisch

definierten Interessen (Stichwort „Multilateralismusfalle“) begründet liegen? Ist es zutreffend, angesichts der offenkundigen Selbstüberforderung der politischen Akteure, die von einem zum nächsten Militäreinsatz stolpern, von einem „Paradigmenwechsel“ des Militärischen in der internationalen Politik zu sprechen?

Lothar Brock, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Eric Chauvistré, Publizist
Tom Koenigs, MdB
Hans-Joachim Reeb, Universität der Bundeswehr

Ort: Café im Kunstverein, Steinernes Haus am Römerberg, Markt 44, Frankfurt

weitere Infos: www.boell-hessen.de

GRÜNE Termine findet Ihr auf der Landesvorstandsseite (S. 7).



Villmark Lodge

Ein norwegischer Sommertraum

www.villmark.info

Neu erschienen:

Ohne Proletariat ins Paradies?

Zur Aktualität des Denkens von André Gorz
Paperback 110 S., ISBN: 978-3-8375-0264-0
Klartext Verlag Essen 2009

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Ralf Zwengel (Hrsg.)

Ohne Proletariat ins Paradies?

Zur Aktualität des Denkens von André Gorz

Mit Beiträgen von:
Elmar Altvater, Egon Becker, Micha Brumlik,
Wolfgang Engler, André Gorz, Michael Jäger,
Hermann Kocyba, Ilona Ostner,
Hans-Christoph Schmidt am Busch

DEMOKRATIE
ÖKOLOGIE



LOTTO. Für alle ein Gewinn.

„Leistungswille und Leistungsförderung sind lebenswichtig für eine sportliche Gesellschaft.“

Eberhard Gienger,
Weltmeister am Reck 1974



LOTTO unterstützt den
Sport in Hessen mit jährlich über
20,1 Mio. Euro.

 **LOTTO**
Hessen

www.lotto-hessen.de